

Epoch Times Highlights 14.-24.05.23 Teil2 – Freiheit etc. - unabhängige non mainstream Nachrichten auf hohem Niveau, echt wissenschaftlich basiert, Fakten statt Ideologien

Liebe Freunde / Mitstreiter für Vernunft, wissenschaftliche Fakten, Freiheit, Demokratie, liebe weitere Interessierte,

werte Parlamentarier / Politiker, Presse (in BCC) ... auch zu Ihrer Info,

anbei Highlights der Epoch Times - unabhängige non mainstream Nachrichten auf hohem Niveau 14.-24.05.23 Teil 2 - verschiedenes - Freiheit / „Corona“ / „Impfungen“ ... mit Links und Textauszügen s.u., mehr auf Nachfrage möglich und Epoch Times Newsletter Original neu vom 25.5. ganz unten.

Unser Kommentar: Unsere Demokratie wird gerade außer Kraft gesetzt?! Ja, die Abstimmungen, bei denen unsere „Volksvertreter“ gerade der WHO sehr weitgehende, undemokratische Vollmachten eingeräumt haben, die Beschlüsse zu unserer Energieversorgung, weitere Eingriffe in unsere Persönlichkeitsrechte und die Ablehnung von Volksabstimmungen / direkter Demokratie (s. unser Kommentar zu Teil 1) zeigen, es steht schlimm um unser Land und unsere Demokratie - s.

https://www.abgeordnetenwatch.de/bundestag/abstimmungen?pk_campaign=GoogleAdWords&pk_kwd=abstimmung%20namentlich%20bundestag&gclid=EAIaIQobChMI4dm7roaP_wlVUOF3Ch15TA9JEAAYASAAEgKUjFD_BwE ...

Aber es gibt Lichtblicke, unsere Justiz funktioniert zumindest in Teilen noch Grundgesetz-basiert.

So wurde Professor Sucharit Bhakdi, die „Ikone der Querdenker“, gestern vom Amtsgericht Plön freigesprochen vom Vorwurf der Volksverhetzung und Störung des öffentlichen Friedens (1. Artikel). Die Vorwürfe waren absurd, Bhakdi ist Buddhist und dementsprechend gibt es für ihn keinen Hass, wie er auch selbst in seiner klugen und bedächtigen Art betonte. Dass er eine als Epidemiologe etc. eine wissenschaftliche Koryphäe ist, schon früh vor überzogenen „Corona-Maßnahmen“ und „-Impfungen“ warnte und in allen wesentlichen Punkten recht behielt – als Gegenpol zu Drosten, Wieler etc. - macht ihn besonders gefährlich für das Establishment, das (nun also erfolglos) versuchte ihn über politisch weisungsgebundene Staatsanwälte zu kriegen, die andererseits eine Verfolgung derjenigen, die Tausende von Menschen – Alte, Mittelalte, Kinder – und Unternehmen auf dem Gewissen haben (noch) ablehnen (2. Artikel) – Kranke, Schwerkranke, Tote, zerstörte Existenzen – durch Maßnahmen und „Impfungen“, Einschränkungen unser Grund- und Freiheitsrechte, Verbrechen gegen die Menschlichkeit ...

Weitere Artikel zum Thema „Corona“ / „Impfungen“ / Freiheit ... – s. Inhaltsverzeichnis / Anhang.

Alles Gute beim Lesen ... und selbstständiger, faktenbasierter Meinungsfindung,

MfG

Dr. Martin Lindner

1. Vorsitzender der Bürger für Technik e.V.

<https://buenger-fuer-technik.de>

https://buenger-fuer-technik.de/wp-content/uploads/2022/12/BfTFlyer_V1.3_1122.pdf

und wer uns beitreten / unterstützen möchte

https://buenger-fuer-technik.de/wp-content/uploads/2022/10/AufnahmeantragBfT2.3_291022ohneIBAN.pdf

IBAN DE75 4266 1008 0905 8882 05

Inhaltsverzeichnis Teil 2:

S.2 Gericht spricht Prof. Bhakdi frei: So verlief der Prozess – eine Reportage

S.4 Strafanzeige gegen STIKO und RKI wird nicht weiterverfolgt

S.5 US-Richter: Arzneimittelbehörde muss Daten zu Corona-Impfstoffen schneller veröffentlichen

S.6 Studie: Risiko der Erblindung bei COVID-Geimpften doppelt so hoch

S.8 WHO-Chef: „Die Welt sollte sich auf eine Krankheit einstellen, die noch tödlicher ist als COVID“

S.10 Thüringen: Vertrauen in staatliche Institutionen auf tiefstem Wert seit 16 Jahren

S.13 Die Verletzlichkeit der Freiheitsrechte in Krisenzeiten

- S.14 Habeck will Daten zum Energieverbrauch „gebäudescharf“ ermitteln – Kritiker wittern „Heizstasi“
S.15 Google plant Kontolöschungen und gibt Tipps, wie man das verhindert
S.16 Deutlicher Rückgang der Geburtenrate in der Schweiz – Trend erfasst ganz Europa
S.17 Der Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft – zur Oligarchie
S.20 Auswanderungsland Deutschland: Warum suchen Menschen das Weite?

https://www.epochtimes.de/gesellschaft/gericht-spricht-professor-sucharit-bhakdi-von-volksverhetzung-vorwuerfen-frei-a4277702.html?utm_source=subs&src_src=subs&utm_campaign=NL_2023-05-24&src_cmp=NL_2023-05-24&utm_medium=email&utm_term=newstop&utm_content=1 Gesellschaft
Prozess vor Amtsgericht Plön

Gericht spricht Prof. Bhakdi frei: So verlief der Prozess – eine Reportage

Von [Patrick Langendorf](#) 24. Mai 2023

Professor Sucharit Bhakdi wurde gestern vom Amtsgericht Plön freigesprochen. Die Anklagepunkte der Volksverhetzung und Störung des öffentlichen Friedens konnten nicht nachgewiesen werden. Bhakdi hätte bei einer Verurteilung vermutlich seinen Professorentitel verloren. Epoch Times war für Sie vor Ort. Gestern fand am Amtsgericht Plön ein Gerichtsprozess gegen den prominenten Coronamaßnahmenkritiker Professor Dr. Sucharit Bhakdi wegen Volksverhetzung und Störung des öffentlichen Friedens statt.

Die Generalstaatsanwaltschaft hatte Bhakdi Volksverhetzung in zwei Fällen vorgeworfen. Demnach sollte Bhakdi im April 2021 im Zusammenhang mit heftiger Kritik an der Corona-Impfpolitik Israels auch gegenüber in Deutschland lebenden Juden zum Hass aufgestachelt und diese als religiöse Gruppe böswillig verächtlich gemacht haben.

Mehr als 400 Unterstützer in Plön

Für den hochdekorierten Wissenschaftler stand viel auf dem Spiel. Im Fall einer Verurteilung hätte der 76-Jährige seinen Professorentitel verloren. Das Land Rheinland-Pfalz hatte schon im vergangenen Jahr angekündigt, dass es den Mikrobiologen und Mediziner nicht mehr für würdig hält, den Professorentitel zu führen. Als Grund für die Prüfung des Titelentzugs gab das Land unter anderem damals die Verfahren wegen Volksverhetzung an. Bhakdi war jahrelang als Professor für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene an der Universität in Mainz tätig.

Bhakdi strahlt Ruhe aus, als er mit seinen Anwälten kurz vor Prozessbeginn um 09:00 Uhr das Gebäude des Amtsgerichts in Plön betrat. 400 Menschen waren zur Unterstützung Bhakdis gekommen. Teilweise schon Stunden vorher hatten sie sich vor dem Gerichtsgebäude versammelt, um als Zuschauer dem Prozess beiwohnen zu können. Wie einen Star empfangen sie Bhakdi mit Beifall.

Vor dem Gerichtsgebäude war ein großes Polizeiaufgebot, für das Gericht wurde extra das Mobile Einsatzkommando der Justiz Schleswig-Holstein geordert. In dem kleinen Gerichtssaal drängten sich Journalisten und Zuschauer.

„Kritik an COVID-19-Politik nicht strafbar“

Gerichtssprecher Markus Richter betonte, dass Bhakdi nicht wegen seiner Ablehnung von Corona-Impfungen angeklagt sei. Diese Behauptung wurde zuvor hauptsächlich in sozialen Netzwerken verbreitet. Richter erklärte: „Es ist nicht strafbar, sich kritisch zur COVID-19-Politik oder zur Politik der Regierung im Allgemeinen zu äußern, insbesondere fällt dies nicht unter den Tatbestand der Volksverhetzung.“ Jedoch könne es strafbar sein, wenn bestimmte Gruppen in diesem Zusammenhang herabgewürdigt werden.

Weiterhin führte der Gerichtssprecher aus: „Auch das Verharmlosen der Verbrechen, die während des Dritten Reichs gegenüber den Juden begangen wurden, kann strafbar sein, so wie es hier angeblich auch der Fall ist.“

„Ich bin vermutlich der ruhigste Mensch hier“

„Ich bin vermutlich der ruhigste Mensch hier“, scherzte Bhakdi mit seinen Anwälten kurz vor Prozessbeginn. Dann betrat Richter Malte Grundmann den Saal – die Verhandlung begann.

Dass sich Beteiligte und Zuschauer auf einen langen Verhandlungstag einstellen mussten, wurde gleich zu Beginn des Prozesses deutlich. Bhakdis Anwalt Sven Lausen stellte gleich einen Antrag, die Verlesung der Anklageschrift durch die Generalstaatsanwaltschaft wegen schwerwiegenden Mängel nicht zuzulassen. Lausen verlas dazu einen langen Begründungstext und Richter Grundmann vertagte für eine Stunde die Verhandlung. Derartige Pausen wird es während des Prozesses wiederholt geben. Der Antrag wird abgelehnt.

Richter: „Vorwürfe nicht strafbar“

Aufhorchen ließ der Rechtshinweis, den der Richter vor Verlesung der Anklageschrift an die beteiligten Parteien richtet. Grundmann teilte mit, dass er zum jetzigen Stand dazu neige, die beiden Vorwürfe der Staatsanwaltschaft als nicht strafbar anzusehen. „Das ist natürlich nur der Stand jetzt“, betonte der Amtsrichter. Selbstverständlich würde er signalisieren, wenn sich an dieser Bewertung bei ihm etwas ändern würde.

Nachdem die Staatsanwaltschaft die Anklageschrift verlesen hat, trat das Gericht in die Beweisaufnahme. Als Erstes wurde ein Polizist als Zeuge vernommen, der in Kiel als leitender Beamter die Wahlkampfveranstaltung der Partei „Die Basis“ im Jahr 2021 abgesichert hatte.

Er könne sich an die Reden des Tages nicht erinnern, also auch nichts zu den Bhakdi vorgehaltenen Passagen aus seiner Rede sagen. Der Polizist betont, dass seine Aufmerksamkeit damals den zwei Veranstaltungen gegolten habe, die er parallel abgesichert habe. „Ich hatte zwei Knöpfe im Ohr und war stark auf den Funkverkehr fokussiert“, so der Beamte. Er habe allerdings die Wahlkampfveranstaltung als friedlich und ohne Komplikationen in Erinnerung. Straftaten seien ihm während der Veranstaltung nicht bekannt geworden. Dass sich Professor Bhakdi mit Äußerungen habe eventuell strafbar gemacht, davon habe er erst aus den Medien erfahren.

Generalstaatsanwaltschaft bringt wenig Beweise vor

Nach der Zeugenvernehmung des Polizeibeamten werden das Video der Aufzeichnung der Wahlkampfveranstaltung in Kiel und das Interview, in dem die Staatsanwaltschaft Aussagen Bhakdis als antisemitisch bewertet, gezeigt. Auffallend während der gesamten Beweisaufnahme bleibt, dass sich die Generalstaatsanwaltschaft eher passiv verhält. Obwohl sie dem Mediziner Straftaten vorwirft, brachte sie gestern so gut wie keine Beweise vor.

Im Anschluss an die Beweisaufnahme vertagte sich das Gericht abermals um eine Stunde. Die Generalanwaltschaft hatte um diese Zeit gebeten, um ihr Plädoyer vorbereiten zu können.

Im Plädoyer wiederholte die Generalstaatsanwaltschaft dann ihre bekannten rechtlichen Bewertungen und forderte als Strafe 180 Tagessätze zu je 90 Euro für Bhakdi.

Die Verteidigung Bhakdis bezeichnete die Klage als böswillig und plädierte für einen Freispruch ihres Mandanten. Sie begründete die Forderung damit, dass die Generalstaatsanwaltschaft die Vorwürfe nur behauptete, aber nicht bewiesen habe. Zudem habe die zuständige Staatsanwaltschaft das ursprüngliche Verfahren nach gründlicher Prüfung eingestellt, so die Verteidigung weiter.

Gericht entscheidet für Freispruch

Das Gericht folgte am Ende nicht der Generalanwaltschaft und sprach Professor Bhakdi von beiden Tatvorwürfen frei. In der Urteilsbegründung erklärte Richter Malte Grundmann, dass das Gericht nicht feststellen konnte, dass sich der 76-jährige Bhakdi durch seine Äußerungen im Wahlkampf 2021 und ein Internet-Interview strafbar gemacht hat. Obwohl der Vergleich zwischen Impfpolitik und Holocaust inakzeptabel sei, hätten Bhakdis Äußerungen nicht dazu geführt, den öffentlichen Frieden zu stören.

Grundmann betonte jedoch, dass bei mehrdeutigen Äußerungen die Interpretation zugunsten des Angeklagten berücksichtigt werden müsse. Der Richter wies ausdrücklich darauf hin, dass Bhakdi am

Ende seiner Rede zum friedlichen Diskurs mit Politikern aufgerufen und die Bedeutung demokratischer Willensbildung betont hatte.

„Ich empfinde große Dankbarkeit“

„Ich empfinde große Dankbarkeit gegenüber der deutschen Justiz und dem Gericht Plön“, kommentiert Professor Bhakdi nach seinem Freispruch. Das gelte auch für seine Verteidiger und „die Tausenden von Menschen, die mir in den vergangenen Jahren zur Seite standen.“

Zu Ende ist der Fall mit der gestrigen Entscheidung allerdings noch nicht. Die Oberstaatsanwältin kündigte gestern Rechtsmittel gegen die Entscheidung an.

ps (Kommentar MLi) Wer lesen möchte, wie man einen juristischen Freispruch per Lügen-Propaganda ins Gegenteil verkehrt, findet das bei den Faktencheckern der Tagesschau - für die von uns eingetriebenen Zwangsgelder – da kann man die kalte Wut bekommen.

<https://www.tagesschau.de/investigativ/freispruch-coronamassnahmen-bhakdi-100.html>

[https://www.epochtimes.de/politik/ausland/strafanzeige-gegen-stiko-und-rki-wird-nicht-weiterverfolgt-a4265119.html?utm_source=subs&src_src=subs&utm_campaign=NL_2023-05-14&src_cmp=NL_2023-05-14&utm_medium=email&est=\[EMAIL_SECURE_LINK\]&utm_term=newstop&utm_content=1](https://www.epochtimes.de/politik/ausland/strafanzeige-gegen-stiko-und-rki-wird-nicht-weiterverfolgt-a4265119.html?utm_source=subs&src_src=subs&utm_campaign=NL_2023-05-14&src_cmp=NL_2023-05-14&utm_medium=email&est=[EMAIL_SECURE_LINK]&utm_term=newstop&utm_content=1)

[Ausland](#) Berliner Justiz

Strafanzeige gegen STIKO und RKI wird nicht weiterverfolgt

Von [Alexander Wallasch](#) 13. Mai 2023

Strafrelevante Sachverhalte namentlich gegen Ex-RKI-Chef Wieler und Ex-Minister Spahn und andere wurden von einem Berliner Oberstaatsanwalt nicht anerkannt. Experte Dr. Gunter Frank ist empört: „Die Justiz ist im Falle von Corona am Ende.“

Am 26. Februar 2023 schrieb der im Kreis Heinsberg tätige Rechtsanwalt Wilfried Schmitz eine Strafanzeige „gegen alle vormaligen und aktuellen Mitglieder der STIKO“ wegen des Tatverdachts der gefährlichen, der fahrlässigen und schweren Körperverletzung mit Todesfolge, wegen Totschlag, Mord und wegen Schwangerschaftsabbruch.

Eine Auflistung von schweren Straftaten, die bei einer Verurteilung jede für sich empfindliche Strafen nach sich zögen. Auch mutmaßliche Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Völkerstrafgesetzbuch brachte Schmitz zur Anzeige gegen die ständige Impfkommission und das Robert Koch-Institut.

Besagter Anwalt Schmitz ist kein Unbekannter in der Corona-Maßnahmenkritik. Zuletzt war er [überregional in Erscheinung getreten](#) als Verteidiger von Bundeswehrsoldaten vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, dort ging es um die Corona-Impfpflicht bei der Bundeswehr.

Staatsanwaltschaft sieht keine Anhaltspunkte für Gefährdung

Was der Rechtsanwalt da im Februar dieses Jahres [bei der Staatsanwaltschaft Berlin einreichte](#), entspricht mit über einhundert Seiten durchaus der Mammutaufgabe, die man bewältigen müsste, schreibe man ein Buch zum Thema.

Mit Datum 2. Mai 2023 hat Schmitz jetzt ein Schreiben eines Berliner Oberstaatsanwalts bekommen. [Die Antwort](#) ist gerade einmal eineinhalb Seiten lang. Eineinhalb Seiten Begründung, warum von Ermittlungen abgesehen wird.

Unter anderem wird damit argumentiert, dass keine Anhaltspunkte für strafrelevantes Handeln vorlägen. Alle Impfstoffe gegen Corona wären hinreichend geprüft und zugelassen worden. Experten hätten zudem bestätigt, dass diese mRNA-basierten Stoffe sicher und wirksam seien.

Weiter begründet die Staatsanwaltschaft, dass auch sonst keine Anhaltspunkte für irgendeine Gefährdung vorlägen.

Epoch Times befragt dazu den Arzt und Publizisten Dr. Gunter Frank, der zuletzt mit seinem Corona-Maßnahmen kritischen Buch [„Das Staatsverbrechen – Warum die Corona-Krise erst dann endet, wenn die Verantwortlichen vor Gericht stehen“](#) überregional für Aufmerksamkeit sorgte.

Justiz schützt Regierung gegen die Bürger

Dr. Gunter Frank zum Schreiben des Oberstaatsanwalts:

„Ich habe das Schreiben von Oberstaatsanwalt Brocke gelesen. Man erkennt aus dem Schreiben ganz klar, dass er Partei und nicht unabhängige Justiz ist.

Er verteidigt das Paul-Ehrlich-Institut (PEI), indem er die Argumente des PEI benutzt, um eine Anklage gegen das PEI als gegenstandslos zu bewerten. Das ist super: Ich frage einen Einbrecher, und der Einbrecher sagt, ich war es nicht und überhaupt unmöglich. Und das reicht dann dem Oberstaatsanwalt.

Er verkennt offensichtlich seine eigentliche Rolle, den Zweifeln, die ja sehr kompetent und ausführlich geschildert worden sind, auf den Grund zu gehen.

Stattdessen nimmt er einfach die Aussagen vom PEI.

Des Weiteren scheint ihm nicht zu Ohren gekommen zu sein, dass selbst Karl Lauterbach im öffentlich-rechtlichen Fernsehen von Impfnebenwirkungen spricht. Und auch die ganzen Meldeziffern des PEI liegen ja weit über dem der üblichen Impfstoffe.

Das ganze Schreiben ist hanebüchen und zeigt, dass die Justiz nicht unabhängig ist, sondern hier politisch agiert, um mit aller Macht das Narrativ zu retten. Ein trauriges Spiel.

Wobei wir wissen, dass auch der Europäische Gerichtshof Deutschland darauf hingewiesen hat, dass unsere Gewaltenteilung nicht da ist, weil auf die Staatsanwaltschaften durch die Politik zugegriffen werden kann. Das heißt, beim Herrn Brocke ist es vor allem der Gehorsam oder was auch immer. Aber selbst wenn er ermitteln würde, käme der Anruf aus dem Justizministerium, das dann sagen könnte, nö, stopp mal!

Dieses Schreiben zeigt einfach, dass die Justiz im Falle von Corona am Ende ist. Das ist keine Justiz mehr, das ist ein Regierungsschutz gegen die Bürger, die dann der Regierung schutzlos ausgeliefert sind, schlimm.“

[https://www.epochtimes.de/politik/ausland/us-arzneimittelbehoerde-muss-daten-zu-corona-impfstoffen-schneller-veroeffentlichen-a4267665.html?utm_source=subs&src_src=subs&utm_campaign=NL_2023-05-16&src_cmp=NL_2023-05-16&utm_medium=mail&est=\[EMAIL_SECURE_LINK\]](https://www.epochtimes.de/politik/ausland/us-arzneimittelbehoerde-muss-daten-zu-corona-impfstoffen-schneller-veroeffentlichen-a4267665.html?utm_source=subs&src_src=subs&utm_campaign=NL_2023-05-16&src_cmp=NL_2023-05-16&utm_medium=mail&est=[EMAIL_SECURE_LINK])

[Ausland](#) Moderna und Pfizer

US-Richter: Arzneimittelbehörde muss Daten zu Corona-Impfstoffen schneller veröffentlichen

Von [Tom Ozimek](#) 15. Mai 2023

Die US-Arzneimittelbehörde hat den Prozess gegen die Eltern eines impfgeschädigten Kindes verloren. Sie muss alle Daten, auf die sie die Zulassung der Corona-Impfstoffe stützt, bis 2025 öffentlich machen.

Ein Bezirksrichter in Texas hat die US-Arzneimittelbehörde (Food and Drug Administration/FDA) angewiesen, alle Unterlagen im Zusammenhang mit der Zulassung der Corona-Impfstoffe schneller zu veröffentlichen als ursprünglich geplant. Demnach müssen alle Daten bis Mitte 2025 öffentlich einsehbar sein und nicht erst nach 23,5 Jahren, wie es die FDA vorhatte.

Ein Anwalt vertrat die Eltern eines durch Corona-Impfung geschädigten Kindes und gewann den Rechtsstreit ([PDF](#)) gegen FDA.

„Veraltete Informationen sind von geringem Wert“

„Die Demokratie stirbt hinter verschlossenen Türen“, leitete Bezirksrichter Mark Pittman sein Urteil vom 9. Mai ([PDF](#)) ein. Es verpflichtet die FDA, die Daten zu den Impfstoffen von Moderna und Pfizer mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von mindestens 180.000 Seiten pro Monat vorzulegen.

„Veraltete Informationen sind von geringem Wert“, begründete Pittman seine Entscheidung.

Ursprünglich war geplant, nur 1.000 bis maximal 16.000 Seiten der geschätzten 4,8 Millionen Seiten pro Monat zu veröffentlichen. Das hätte mindestens 23,5 Jahre gedauert.

Rechtsanwalt Aaron Siri der Kanzlei Siri & Glimstad bezeichnete es als einen „Sieg für Transparenz und Rechenschaftspflicht“.

Eine frühere Verfügung vom Januar 2022 ([PDF](#)), die ebenfalls von Pittman erlassen wurde, zwingt die FDA, alle Daten über den Pfizer-Impfstoff für Personen ab 16 Jahren mit einer Geschwindigkeit von 55.000 Seiten pro Monat vorzulegen.

Die jüngste Anordnung verlangt von der FDA bis Ende Juni 2025 alle Daten über den Pfizer-Impfstoff für 12- bis 15-Jährige (und das Produkt von Moderna für Erwachsene) vorzulegen.

Bis zum 23. Mai einen gemeinsamen Zeitplan vorlegen

Um sicherzustellen, dass die FDA die verkürzte Frist einhalten kann, wies der Richter die Prozessparteien an, sich zu beraten und bis zum 23. Mai einen gemeinsamen Zeitplan für die Vorlage der Daten vorzulegen.

Nach dem ersten Urteil im Januar hatte die FDA eingewandt, dass sie nur über die personellen Ressourcen verfüge, um monatlich rund 500 Seiten der schätzungsweise 450.000 Seiten Material über den Pfizer-Impfstoff ab 16 Jahren zu prüfen und freizugeben.

Der Richter gab dem Einwand nicht statt und argumentierte, dass die Transparenz- und Rechenschaftspflicht von überragender Bedeutung sei.

Das Herauszögern und die Geheimhaltung seitens der Bundesbehörden würden Verschwörungstheorien nähren und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Regierung schwächen, erklärte Pittman.

Epoch Times hat die FDA um Stellungnahme gebeten.

Dieser Artikel erschien im Original auf theepochtimes.com unter dem Titel: [Judge Orders FDA to Accelerate Release of COVID-19 Vaccine Trial Data to Just 2 Years](#) (deutsche Bearbeitung nh)

[https://www.epochtimes.de/gesundheit/studie-ohne-corona-impfung-besteht-geringeres-risiko-zu-erblinden-a4264352.html?utm_source=subs&src_src=subs&utm_campaign=NL_2023-05-14&src_cmp=NL_2023-05-14&utm_medium=email&est=\[EMAIL_SECURE_LINK\]](https://www.epochtimes.de/gesundheit/studie-ohne-corona-impfung-besteht-geringeres-risiko-zu-erblinden-a4264352.html?utm_source=subs&src_src=subs&utm_campaign=NL_2023-05-14&src_cmp=NL_2023-05-14&utm_medium=email&est=[EMAIL_SECURE_LINK])

GesundheitForscherteam der Stanford University

Studie: Risiko der Erblindung bei COVID-Geimpften doppelt so hoch

Von [Patrick Reitler](#) 13. Mai 2023

Einer aktuellen Studie zufolge müssen COVID-19-Geimpfte offenbar mit einem doppelt so hohen Risiko leben, aufgrund von Mikrothrombosen ihr Augenlicht einzubüßen – zumindest in den ersten beiden Jahren nach einer mRNA-Injektion.

Das Risiko, einen Gefäßverschluss im Auge zu erleiden, ist bei COVID-19-Geimpften doppelt so hoch wie bei Ungeimpften. Das geht aus einer aktuellen Kohortenstudie hervor, die Anfang Mai 2023 im Fachverlag „Nature“ erschienen war. Die Studie war von einem Forscherteam der Stanford University in Zusammenarbeit mit taiwanischen Experten erstellt worden, die dafür Daten von jeweils rund 740.000 geimpften und ungeimpften Patienten ausgewertet hatten.

Nach den Erkenntnissen aus der „Nature“-Studie können „alle Formen von Netzhautgefäßverschlüssen“ noch bis zu zwei Jahre nach einer Injektion auftauchen. In den ersten beiden Wochen nach einer Vakziningabe sei das Risiko bereits „deutlich“ erhöht, heißt es in der Studie. Danach verharre die Gefahr noch für zwölf Wochen auf einem entsprechend hohen Niveau, einen „Minischlaganfall“ im Auge zu erleiden.

Erklärung für „viele neurologische Störungen“

Verantwortlich sind nach Angaben der „Welt“-Redakteurin Elke Bodderas sogenannte „Mikrothrombosen“, die die Blutzufuhr zur Netzhaut (Retina) verhindern könnten. Auch in den übrigen Blutgefäßen könnten sich solche Mikrothrombosen verteilen. Dies könne auch eine Erklärung für „viele neurologische Störungen“ sein.

Impfschäden zu Lasten der Sehkraft treten nach Aussage von Bodderas allerdings „sehr selten“ auf: „Nur“ einer von 200.000 Geimpften sei betroffen. In Deutschland könnten bei rund 65 Millionen Menschen, die sich laut [„Tagesschau“](#) bis zum 7. April 2023 mindestens eine Dosis abgeholt hätten, damit etwa 320 Menschen betroffen sein.

Früh auf Warnsignale achten

Wichtig sei, dass man möglichst schnell medizinische Gegenmaßnahmen in die Wege leite, sonst drohe die Erblindung. Das Risiko des Augenlichtverlusts sei nur bei der Diagnose „diabetische Retinopathie“ noch häufiger als bei einem „Netzhautvenenverschluss“, heißt es in der Studie. „Die Chancen dazu sind beträchtlich“, bestätigte auch Bodderas in ihrem „Welt“-Artikel ([Bezahlschranke](#)). Deshalb empfiehlt sie schon bei ersten Beschwerden den frühzeitigen Besuch beim Augenarzt.

Dass Thrombose-Verschlüsse in der Netzhaut häufig auch auf bevorstehende Schlaganfälle, Herzinfarkte oder koronare Herzkrankheiten hindeuteten, sei seit zwei Jahrzehnten ohnehin „Stand der Forschung“.

Kritik an Herstellern, Behörden und der EMA

Bodderas sprach im Interview mit der „Bild“ (Video auf [YouTube](#)) von einem „Skandal“: Die Impfstoffhersteller und Behörden hätten ihrer Ansicht nach „viel, viel früher auf diese Nebenwirkungen schauen müssen“. Auch die Impfstoff-Zulassungsstelle der EU, die EMA, hätte die Hersteller „viel stärker in die Verantwortung nehmen müssen“, um die Nebenwirkungen zu erforschen.

Bodderas gab zu bedenken, dass die EU ihre Abnahmeverträge für COVID-19-Impfdosen gerade bis zum Jahr 2026 verlängert habe und mindestens weitere zehn Milliarden Euro für die Vakzine bezahlen müsse.

Lesen Sie auch

- [EU-Parlamentarier Sonneborn: Satire-Attacke gegen von der Leyen](#)

Jede medizinische Hilfe kam für Dietmar S. aus Baden-Württemberg wohl zu spät. Der ehemalige Werkleiter bemerkte nach Angaben der [„Bild“](#) im August 2021 einen „Schatten im rechten Auge“, der sich bei einer Untersuchung wenige Wochen später als Augeninfarkt entpuppte. Das betroffene Auge leiste seitdem nur noch drei Prozent seiner ursprünglichen Sehkraft. Dietmar S. gehe davon aus, dass die Beinahe-Erblindung mit seinen beiden BioNTech-Spritzen vom Mai und Juni 2021 zusammenhänge. Er habe das Mainzer Pharma-Unternehmen auf 150.000 Euro Schadenersatz verklagt.

Wirkungsweise schon seit 2020 bekannt

Wie das österreichische Onlinemagazin „tkp.at“ berichtete, hätten „seriöse Wissenschaftler wie Sucharit Bhakdi, Mike Yeadon und viele andere“ schon im Jahr 2020 vor schweren Gefäßschäden infolge von mRNA-Impfungen gewarnt. Besonders in „kleinsten Blutgefäßen, den Kapillaren“, bestehe die Gefahr, dass die „Spikes und ihre Träger“ sich in den Zellen der Gefäßwände einnisteten.

„Das Immunsystem reagiert durch die Zerstörung befallener Zellen und verursacht dadurch eine Verletzung. [...] Mikrothromben und andere thrombotische Schäden sind die Folge“, schrieb tkp-Autor Dr. Peter F. Mayer im Einklang mit der aktuellen „Nature“-Studie [„Risk assessment of retinal vascular occlusion after COVID-19 vaccination“](#) (Risikobewertung von Netzhautgefäßverschlüssen nach COVID-19-Impfung, [PDF auf Englisch](#)).

Mayer verwies zudem auf Untersuchungen des Genomforschers [Kevin McKernan](#), nach denen ein Zusammenhang mit den „in den Präparaten enthaltenen DNA-Verunreinigungen“ bestehen könnte.

Lesen Sie auch

- [Umfrage: Impfen ja oder nein? Wie ist Ihre Meinung über die COVID-Impfung?](#)
- [Was tun, wenn niemand helfen kann? Anlaufstellen für Impfgeschädigte](#)
- [Lauterbach verspricht Impfgeschädigten schnelle Hilfe](#)
- [Trotz internationaler Warnungen: Gesundheitsministerium denkt nicht an Stopp der Impfkampagne](#)
- [Dokumentation „Died Suddenly“ befeuert Debatte zu COVID-19-Impfschäden](#)

[https://www.epochtimes.de/politik/ausland/who-chef-die-welt-sollte-sich-auf-eine-krankheit-einstellen-die-noch-toedlicher-ist-als-covid-a4278144.html?](https://www.epochtimes.de/politik/ausland/who-chef-die-welt-sollte-sich-auf-eine-krankheit-einstellen-die-noch-toedlicher-ist-als-covid-a4278144.html?utm_source=subs&src_src=subs&utm_campaign=NL_2023-05-25&src_cmp=NL_2023-05-25&utm_medium=email&utm_term=newstop&utm_content=1)

[utm_source=subs&src_src=subs&utm_campaign=NL_2023-05-25&src_cmp=NL_2023-05-25&utm_medium=email&utm_term=newstop&utm_content=1](https://www.epochtimes.de/politik/ausland/who-chef-die-welt-sollte-sich-auf-eine-krankheit-einstellen-die-noch-toedlicher-ist-als-covid-a4278144.html?utm_source=subs&src_src=subs&utm_campaign=NL_2023-05-25&src_cmp=NL_2023-05-25&utm_medium=email&utm_term=newstop&utm_content=1)

[Ausland](#) Jahrestagung in Genf

WHO-Chef: „Die Welt sollte sich auf eine Krankheit einstellen, die noch tödlicher ist als COVID“

Von [Oliver Signus](#) 24. Mai 2023

Mitgliederstaaten gründen ein weltweites Überwachungssystem für Krankheitserreger. Die Organisation hat eine Liste mit den gefährlichsten Krankheiten erstellt. Die Entwicklung von Impfstoffen, die beim Kontakt mit menschlichem Schweiß freigesetzt werden, ist im Gange.

Tedros Adhanom Ghebreyesus, Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO), erwartet in naher Zukunft offenbar weitere Pandemien. „Die Welt sollte sich auf eine Krankheit einstellen, die noch tödlicher ist als COVID“, zitieren den Äthiopier mehrere britische Tageszeitungen.

Tedros sagte auf dem Forum der Weltgesundheitsversammlung in Genf, dass die Gefahr einer weiteren Gesundheitskrise nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfe. Auch wenn die „dunkelsten Tage der Pandemie“ der Geschichte angehörten, könne sich eine COVID-Variante entwickeln, die die Welt wieder auf den Nullpunkt zurückwerfen könne.

„Die Gefahr, dass eine weitere Variante auftaucht, die neue Krankheits- und Todesfälle verursacht, bleibt bestehen. Und es besteht weiterhin die Gefahr, dass ein anderer Erreger auftaucht, der noch tödlicher sein könnte“, behauptete er, blieb allerdings Beweise dafür schuldig.

„Verheerende“, aber noch nicht entdeckte Erreger

Bei der Jahrestagung der 194 Mitgliedsstaaten rief die WHO das internationale Überwachungsnetzwerk für [Krankheitserreger](#) („IPSN“) ins Leben. Spezifische Krankheiten nannte Tedros in diesem Zusammenhang nicht. „Krankheit X“ sei aber ein Platzhalter für „einen verheerenden, noch nicht entdeckten Krankheitserreger“.

Das „IPSN“ werde allen Ländern Zugang zur Genomsequenzierung verschaffen, um neu auftretende Krankheitsbedrohungen mithilfe der Genomik zu erkennen und darauf zu reagieren.

Die Genomik – die Untersuchung des genetischen Materials eines Virus – helfe Wissenschaftlern, Mutationen zu erkennen, die einen Krankheitserreger infektiöser oder tödlicher machen könnten. Die Wissenschaftler könnten dann Behandlungen und Impfstoffe gegen die Krankheiten entwickeln. Auch könnten die Staaten mithilfe des Netzwerks „rechtzeitig reagieren“.

In dem Netzwerk sollen Forscher, Regierungen, gemeinnützige Stiftungen und der private Sektor zusammenarbeiten. „Wir können das Problem nicht auf die lange Bank schieben“, betonte Tedros. „Wenn die nächste Pandemie anklopft – und das wird sie – müssen wir bereit sein, entschlossen, gemeinsam und gerecht zu reagieren.“

Aufstellung der „besonders risikoreichen“ Infektionen

Tedros Äußerungen kamen nur wenige Tage nachdem die WHO erklärt hatte, dass COVID-19 nicht länger eine gesundheitliche Notlage von internationaler Bedeutung sei. Stattdessen werde das Virus nun als „etabliertes und anhaltendes Gesundheitsproblem“ betrachtet. Dies sei seit dem Ausbruch in Wuhan im Dezember 2019 „ein wichtiger Schritt“.

Derweil hat die WHO neun Krankheiten ermittelt, die das größte Risiko für die öffentliche Gesundheit darstellten. Die Organisation stuft sie als „besonders risikoreich“ ein, weil es keine Behandlungsmöglichkeiten gebe oder sie eine Pandemie auslösen könnten.

Auf diese Liste steht neben COVID das hämorrhagische Krim-Kongo-Fieber, eine durch Zecken übertragene Krankheit, an der laut WHO 30 Prozent der Krankenhauspatienten sterben. Ebola, an dem etwa die Hälfte der Infizierten sterbe, ergänzt die Aufstellung. Marburgvirus, Lassafieber, MERS und SARS sind ebenfalls aufgeführt.

Im Verlaufe der Versammlung, die noch bis Ende des Monats dauert, drängte Tedros zudem auf den schnellen Abschluss eines globalen [Pandemievertrages](#). „Der Pandemievertrag, über den die Mitgliedstaaten derzeit verhandeln, muss ein historischer Vertrag werden“, sagte er. Zudem forderte er einen „Paradigmenwechsel bei der weltweiten Gesundheitspolitik“.

Helmholtz-Zentrum glaubt an nächste Pandemie

Die Ankündigung, dass weitere Pandemien die Menschheit heimsuchen, ist nicht neu. Seit dem Ausbruch des Coronavirus stellt sie nicht nur die WHO in Aussicht. Bereits im Dezember 2021 kündigte Prof. Dirk Heinz, Wissenschaftlicher Geschäftsführer am Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung (HZI) an: „Die nächste [Pandemie](#) wird kommen. Wann ist ungewiss und auch, mit welchem Erreger wir es dann zu tun haben werden. Potenziell gefährliche Kandidaten sollten wir genau im Blick behalten und beobachten, ob und wie sie sich verändern. Und wir müssen besser erforschen, über welche Wege [Krankheitserreger](#) zu uns kommen. Unter welchen Bedingungen sie etwa von Tieren auf den Menschen überspringen.“

Daher müssten „sämtliche Bereiche unserer Gesellschaft dazulernen und sich besser organisieren“. Heinz forderte, Notfallpläne, Leitlinien und verbesserte Infrastrukturen auszuarbeiten. Zudem sollten Forschung und Entwicklung weiter stark vorangetrieben werden, „damit wir bei einer erneuten Pandemie besser gewappnet sein werden.“

Frühwarnzentrum seit 2021 in Berlin

Dafür soll ein im September 2021 eröffnetes Pandemie-Frühwarnzentrum in Berlin sorgen. Wie Epoch Times berichtete, soll dieser sogenannte WHO Hub weltweit Daten sammeln, verknüpfen, auswerten und schnelle Risikoabschätzungen vornehmen.

Von dem neuen [Wissenschaftsstandort](#) sollten Menschen weltweit profitieren, sagte die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel. „Die Erkenntnisse sollen mit allen Staaten geteilt werden.“ Die Corona-Pandemie habe „gezeigt, wie viel wir erreichen können, wenn wir unsere Kräfte bündeln“. Dass der Hub nun in Berlin angesiedelt sei, drücke „unsere Wertschätzung für die WHO“ aus, sagte Merkel. „Die Arbeit der WHO war mir immer eine Herzensangelegenheit.“

Gates-Millionen für Helmholtz-Forschung

Das Helmholtz-Institut gehört übrigens – wie die WHO auch – zu den Empfängern von Spenden durch die Bill & Melinda Gates Foundation. So erhielt zum Beispiel das in [Braunschweig](#) ansässige „Zentrum für Infektionsforschung“ im Jahr 2019 knapp drei Millionen Dollar für die „Identifizierung neuer chemischer Ausgangspunkte für neue Medikamente zur Behandlung von TB [Tuberkulose, Anm. d. Red] und Malaria“.

Auch [2005](#) schüttete die Gates Foundation ihr Füllhorn mit Millionenbeträgen über der Einrichtung aus. 2010 erhielt das HZI den Zuschlag in der aktuellen Runde des Förderprogramms „Grand Challenges Explorations“ der Bill & Melinda Gates Stiftung. Das Programm unterstützte ein globales Gesundheitsprojekt zur Entwicklung von Nanopartikeln, die Impfstoffe beim Kontakt mit menschlichem Schweiß freisetzen.

Das Braunschweiger HZI führte das Forschungsprojekt „POLMITRANSVAC“ (Pollen Mimetic Transcutaneous Vaccination) in Kooperation mit dem [Helmholtz](#)-Institut für Pharmazeutische Forschung Saarbrücken (HIPS) durch.

https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/thueringen-vertrauen-in-staatliche-institutionen-auf-tiefstem-wert-seit-16-jahren-a4276878.html?utm_source=subs&src_src=subs&utm_campaign=NL_2023-05-25&src_cmp=NL_2023-05-25&utm_medium=email&utm_term=news6&utm_content=6



Demonstranten in Erfurt. Foto: JENS SCHLUETER/AFP via Getty Images

[Deutschland](#) Bevölkerungsbefragung 2022

Thüringen: Vertrauen in staatliche Institutionen auf tiefstem Wert seit 16 Jahren

Von [Erik Rusch](#) 24. Mai 2023

Laut einer Umfrage in Thüringen wächst unter den Mitteldeutschen die Unzufriedenheit mit der Politik. Zunehmend fühlt man sich als „Ostdeutscher“ „abgehängt“ und die Politikverdrossenheit nimmt stark zu. Viele sehen ein Handeln der Volksvertreter gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung. Das Ergebnis wirkt alarmierend.

Die Hälfte der Menschen in Thüringen ist unzufrieden mit der Demokratiepraxis im Land. Dies zeigen die Daten der repräsentativen Langzeitstudie [„Thüringen-Monitor 2022“](#), die am Freitag, 19. Mai, veröffentlicht wurden.

In den Jahren 2020 und 2021 hingegen waren die Thüringer mit der Demokratie im Land noch überdurchschnittlich zufrieden. 2022 gab es dann einen starken Einbruch um minus 17 Prozentpunkte auf nur noch 48 Prozent, was die Zufriedenheit mit der Demokratiepraxis und das Vertrauen in die staatlichen Institutionen betrifft. Damit liegen die Werte von 2022 auf dem niedrigsten Niveau seit 16 Jahren.

Dies zeigt sich insbesondere bei Bürgern in den ländlichen Regionen, die sich von der Bundes- und Landespolitik „abgehängt“ fühlen. Hier sanken die Zustimmungsraten auf nur noch 41 Prozent.

In den großen Thüringer Städten hingegen betrug die Gruppe der „Zufriedenen“ fast zwei Drittel (64 Prozent). Und das, obwohl – unabhängig von Stadt und Land – weiterhin mehr als vier von fünf Thüringer die Demokratie als politische Idee weiter unterstützen. Dabei wird sie auch als beste aller Regierungsformen bezeichnet. Wichtig dabei ist zu beachten, dass die Umfrage in der Hoch-Zeit der Energiepreiskrise und der höchsten Inflation seit mehr als 70 Jahren im Herbst 2022 durchgeführt wurde.

Thüringer besonders enttäuscht von Bundespolitik

Besonders enttäuscht zeigen sich die Thüringer dabei von der Bundespolitik. So gab die große Mehrheit von 70 Prozent der Befragten in Thüringen an, dass sich die Politiker in Berlin nicht ausreichend für die Region, in der sie leben, interessieren. Ebenso viele sind der Ansicht, dass die Politik in Berlin zu wenig getan habe, um die wirtschaftliche Situation ihrer Region zu verbessern.

Ähnlich, jedoch abgeschwächt, denken dies die Thüringer auch über ihre Landespolitik. Hier sind es 53 Prozent der Befragten, die denken, dass sich die Landespolitik nicht ausreichend für die wirtschaftliche Entwicklung in ihrer Region eingesetzt hat, und 41 Prozent denken, dass sich Erfurt nicht ausreichend für ihre Region interessiert.

Aber auch kulturell fühlen sich viele Thüringer „abgehängt“. Dies drückt sich für das Autorenteam der Studie darin aus, dass 37 Prozent der Thüringer angaben, dass die Menschen im Rest von Deutschland nicht die Lebensweise in der jeweiligen Region verstehen und respektieren würden.

Gefühl des „Abgehängtseins“ überall in Thüringen

Insgesamt ist das Gefühl des „Abgehängtseins“ kein Phänomen, das ausschließlich in ländlichen und peripheren Regionen vorzufinden sei, heißt es in der Auswertung. Stattdessen gebe es diese Wahrnehmung der Benachteiligung überall in Thüringen. Sie sei aber in den ländlichen Regionen noch einmal stärker ausgeprägt, stellen die Autoren fest.

Ein ähnlicher Trend besteht auch hinsichtlich des Vertrauens in die Bundesregierung. So sank das Vertrauen in die Bundesregierung das zweite Jahr in Folge und ging um 15 Prozentpunkte auf aktuell 22 Prozent stark zurück.

Thüringer Landesregierung vertrauen nur noch 40 Prozent

Auch der Thüringer Landesregierung vertrauen inzwischen nur noch 40 Prozent der Befragten (im Vergleich zu 53 Prozent im Jahr 2020). „In den ländlichen Regionen liegen die Werte nochmals deutlich niedriger und damit auf einem äußerst niedrigen Niveau“, stellt das Autorenteam fest.

Auffällig für die Autoren war in dem Zusammenhang, dass das geringe Vertrauen in staatliche Institutionen und die niedrige Demokratiezufriedenheit nicht zu einem Anstieg der Zustimmung zu alternativen Gesellschaftsordnungen wie Diktatur und Nationalsozialismus geführt hat.

„Sie werden nun von so wenigen Thüringern unterstützt wie seit dem Erhebungsbeginn im Jahr 2001 nicht“, stellen die Wissenschaftler fest. Auch das Vertrauen in Institutionen wie Gerichte oder in die Bürgermeister sei nicht gesunken, heißt es.

Mehrheit für „Widerstand gegen aktuelle Politik“

Allerdings stimmten die Mehrheit der befragten Thüringer der Aussage zu: „Es ist Zeit, Widerstand gegen die aktuelle Politik zu leisten.“ Die Zustimmung zu dieser Aussage hatte sich im Vergleich zu 2021 sehr stark erhöht (von 37 auf 61 Prozent). Im vergangenen Herbst, zum Zeitpunkt der Befragung, fanden regelmäßige Demonstrationen in Thüringen mit teils mehreren Tausend Teilnehmern statt. Die häufigsten Themen waren dabei die Corona-Maßnahmen, der Krieg Russlands gegen die Ukraine und die Energiepolitik der Bundesregierung.

Zudem stimmten mit 64 Prozent fast zwei Drittel der Befragten der Aussage zu, dass die „Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft [...] gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung“ handeln. 81 Prozent glauben, dass sich die Politiker immer dann einig sind, „wenn es darum geht, ihre Privilegien zu schützen“.

Hohe Migration kritisch gesehen

Auch stimmen 18 Prozent der befragten Thüringer der Aussage zu, „die herrschenden Eliten verfolgen das Ziel, das deutsche Volk durch Einwanderer auszutauschen“. Und 41 Prozent dachten, dass „Ausländer nur kommen, um unseren Sozialstaat auszunutzen“.

Auch weitere Sorgen in Bezug auf die anhaltend hohe Migration zeigen sich in der Umfrage: So glauben 47 Prozent, dass „die Bundesrepublik [...] durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ sei. 45 Prozent glauben, „die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren nicht unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“, was einen Anstieg um sechs Prozentpunkte bedeutet.

Die Autoren können im Zusammenhang mit diesen Aussagen und auf Basis der Untersuchung jedoch kein „eigenständiges neurechtes Einstellungsmuster identifizieren“.

Hintergrund:

Der Thüringen-Monitor ist eine seit 2000 jährlich stattfindende repräsentative Bevölkerungsbefragung zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen. Die von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebene Untersuchung basiert auf einer repräsentativen telefonischen Befragung von 1.885 wahlberechtigten Thüringer, die vom 19. September bis 6. Dezember 2022 durchgeführt wurde. Das diesjährige Schwerpunktthema lautete: „Politische Kultur in Stadt und Land“.

Erarbeitet wurde die Studie durch Mitarbeiter der Friedrich-Schiller-Universität Jena, dem Institut für Politikwissenschaft und KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration.

https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/die-verletzlichkeit-der-freiheitsrechte-in-krisenzeiten-a4273891.html?utm_source=subs&src_src=subs&utm_campaign=NL_2023-05-25&src_cmp=NL_2023-05-25&utm_medium=email&utm_term=news4&utm_content=4

[Deutschland](#) Zum Tag des Grundgesetzes

Die Verletzlichkeit der Freiheitsrechte in Krisenzeiten

Von [Patrick Langendorf](#) 23. Mai 2023

Der 23. Mai ist der „Tag des Grundgesetzes“. Während die Grundrechte über Jahrzehnte als Garant der Demokratie erschienen, ist das Vertrauen seit der COVID-Pandemie erschüttert. Für viele Menschen zeigte sich plötzlich die Verletzlichkeit unserer Grundrechte.

Zum 74. Mal jährt sich am 23. Mai der „Tag des Grundgesetzes“. 1949 wurde es während einer feierlichen Sitzung des Parlamentarischen Rates ausgefertigt und verkündet. Damit war die Bundesrepublik Deutschland geboren.

Angesichts des Scheiterns der Weimarer Republik und der zwölf Jahre nationalsozialistischer Terrorherrschaft hatten die Schöpfer des Grundgesetzes das Ziel, der neuen Bundesrepublik eine Verfassung zu geben, die auf der Würde jedes Einzelnen basiert. Mit Absicht stellten sie den wohl wichtigsten Satz des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ an den Anfang des Textes. Dadurch schufen sie unmittelbar geltendes Recht für alle staatliche Gewalt.

Ursprünglich nur als vorläufige Lösung gedacht

Ursprünglich war das Grundgesetz als vorläufige Lösung gedacht und wurde daher bewusst nicht als Verfassung bezeichnet. Erst nach einer Wiedervereinigung sollte eine gesamtdeutsche Verfassung folgen. Das wurde durch die Präambel deutlich gemacht, die dem Grundgesetz ursprünglich vorangestellt war. Am 3. Oktober 1990, mit dem Beitritt der Länder der ehemaligen DDR, wurde das Grundgesetz zur Verfassung des gesamten deutschen Volkes. Seit mehr als sieben Jahrzehnten ist das Grundgesetz nun die Grundlage der Demokratie in unserem Land.

Die Väter des Grundgesetzes waren von der Idee beseelt, ein Gesetz zu schaffen, das die formulierten Grundrechte für die Bürgerinnen und Bürger auch in Krisenzeiten schützt. Alle Menschen sollen vor dem Gesetz gleich behandelt und ihre Würde soll gewahrt werden – das sind bis heute die Grundsteine, auf die die Demokratie in Deutschland aufbaut.

Noch nie wurde so massiv in die Grundrechte eingegriffen

Umso verstörender dann die Erfahrungen 2020. Mit der Begründung des Kampfes gegen Corona

wurden von der Politik Maßnahmen beschlossen, die das Leben der Menschen erheblich beeinträchtigten. Maskenpflicht, Kontakt- und Versammlungsverbot – die Liste der Maßnahmen ließe sich problemlos verlängern. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik wurde so massiv und flächendeckend in unsere Grundrechte eingegriffen.

Bund und Länder schlossen Kindergärten, Schulen, Universitäten, Theater und Museen, untersagten wirtschaftliche Aktivität, verboten soziales Miteinander und machten detaillierte Hygiene- sowie Verhaltensvorgaben. Was in den Jahren 2020 und 2021 passierte, hatten sich viele Menschen bis dahin nicht vorstellen können.

Viele Kritiker der Maßnahmen fragten sich, ob der Grundrechtskatalog des Grundgesetzes in all den Jahren davor maßlos überschätzt wurde und am Ende doch nicht als Garant gegen Staatswillkür taugt. Hatte es sich als untauglich erwiesen, als die Politik Grundrechte offensichtlich niedriger bewertete als ihr Ziel, Gesundheitsrisiken einzudämmen?

Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, sah damals beim Umgang mit der Corona-Pandemie die Freiheitsrechte in Gefahr. Gesundheitsschutz rechtfertige nicht jedweden Freiheitseingriff, sagte Papier damals.

Lesen Sie auch

- [Ex-Verfassungsrichter sieht Freiheitsrechte in Gefahr: „Parlamentarische Demokratie wird derzeit teilweise ausgehebelt“](#)

Freiheitsschutzstandard wurde gewahrt mit 18 Prozent

Die Justiz sah sich damals massiv mit Klagen und Anträgen konfrontiert. Eine am Anfang dieses Jahres veröffentlichte [Studie zweier Juristen](#) zeigt aus Sicht der Verfasser, dass der Rechtsschutz vor den Verwaltungsgerichten „überwiegend gut“ funktionierte. Die Juristen Johannes Kruse und Christian Langner haben Daten aus gut 2.300 Entscheidungen zwischen März 2020 und September 2021 ausgewertet. Dabei ergab sich eine „Freiheitsquote“ von 18 Prozent, womit gemeint ist, dass die Kläger gegen Coronamaßnahmen vor Verwaltungsgerichten in 18 Prozent der Fälle obsiegten. Die beiden Autoren kommen zu dem Ergebnis: „Während der Pandemie wurde der allgemeine Freiheitsschutzstandard auch bei der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle der Coronamaßnahmen gewahrt.“

Man kann die von Kruse und Langner ermittelte Freiheitsquote von 18 Prozent sicherlich auch anders beurteilen: Fakt bleibt aber, dass die Freiheitsrechte aus dem Grundgesetz in Zeiten der Corona-Pandemie massiv unter Druck geraten sind. Die Verletzlichkeit des Grundgesetzes ist deutlich zutage getreten.

Aktionstag „Quo vadis Grundgesetz?“

Der Verein Unsere Verfassung hat gerade erst für den Tag des Grundgesetzes am 23. Mai bundesweit verschiedene Veranstaltungen im Rahmen eines Aktionstages „Quo vadis Grundgesetz?“ angekündigt. Verschiedene Gruppen unterstützen diesen Aktionstag, schreibt der Verein in einer Ankündigungsmail, die der Redaktion vorliegt.

„Was uns eint, ist unsere Sorge um das Grundgesetz“, schreibt das Vorstandsmitglied Stephanie Burck. Mit den Veranstaltungen wolle man einen Anstoß zu einer Weiterentwicklung von Demokratie und Grundgesetz geben und sie sollen einen Kontrapunkt zu den „jährlichen Mainstream-Selbstbeweihräucherungsveranstaltungen“ bieten.

Grundgesetz in Verfassungsrang erheben

Nach eigenen Angaben setzt sich der Verein Unsere Verfassung dafür ein, die langjährige Frage zu beantworten, ob das Volk gemäß Artikel 146 eine eigene Verfassung schaffen sollte. Daher setzt man sich dafür ein, das Grundgesetz selbst zur Verfassung zu erheben und gleichzeitig seine grundlegenden Mängel anzugehen. Zu diesen Mängeln gehört nach Ansicht des Vereins insbesondere

das Fehlen einer umfassenden Volksabstimmung und die Tatsache, dass das Volk keine „Souveränität über die Inhalte der Verfassung“ besitzt.

Veranstaltungen zum „Geburtstag des Grundgesetzes“ sind unter anderem in Berlin, Frankfurt (Main), München, Hannover und Leipzig geplant. Nähere Informationen hat der Verein auf einer [Mobilisierungswebsite](#) zusammengestellt.

<https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/jetzt-bald-heizstasi-habeck-plant-umfassende-sammlung-von-daten-zum-energieverbrauch-a4278587.html> (nur Textauszug, Beginn)

[Deutschland](#) Grundlage für „Wärmepläne“

Habeck will Daten zum Energieverbrauch „gebäudescharf“ ermitteln – Kritiker wittern „Heizstasi“

Von [Reinhard Werner](#) 25. Mai 2023

Minister Habeck will einen umfassenden Überblick über das Heizverhalten der Bürger. Dafür will er die Kommunen Daten für „Wärmepläne“ sammeln lassen.

Das Vorhaben von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, das sogenannte [Heizungsgesetz](#) in erster Lesung in den Bundestag zu bringen, scheiterte am Dienstag, 23. Mai, an der FDP. Deshalb ist es ungewiss, ob dieser noch vor der Sommerpause über die umstrittene Novelle zum Gebäudeenergiegesetz (GEG) abstimmen kann. Dennoch denkt der Minister schon jetzt an einen ergänzenden Gesetzesentwurf. Dieser sieht verpflichtende „Wärmepläne“ für Kommunen vor, die dafür „gebäudescharf“ Daten zu jährlichen Endenergieverbräuchen ermitteln soll.

Bund will so viele Daten wie möglich zu Heizgewohnheiten sammeln ...

[https://www.epochtimes.de/technik/google-plant-kontoloeschungen-und-gibt-tipps-wie-man-das-verhindert-a4274282.html?utm_source=subs&src_src=subs&utm_campaign=NL_2023-05-22&src_cmp=NL_2023-05-22&utm_medium=mail&est=\[EMAIL_SECURE_LINK\]](https://www.epochtimes.de/technik/google-plant-kontoloeschungen-und-gibt-tipps-wie-man-das-verhindert-a4274282.html?utm_source=subs&src_src=subs&utm_campaign=NL_2023-05-22&src_cmp=NL_2023-05-22&utm_medium=mail&est=[EMAIL_SECURE_LINK])

[Technik](#) inaktive Nutzer

Google plant Kontolösungen und gibt Tipps, wie man das verhindert

Von [Jack Phillips](#) 21. Mai 2023

Der Tech-Gigant Google hat angekündigt, alle Konten zu löschen, die seit mindestens zwei Jahren inaktiv sind – darunter auch Gmail- und YouTube-Konten. Gleichzeitig zeigt Google, wie man die Löschung verhindern kann.

Googles Maßnahmen zur Löschung von Konten werden im Dezember 2023 beginnen und betreffen Google-Konten wie YouTube, Google Docs, Google Meet, Google Calendar, Google Photos und Gmail. Das Unternehmen hat angekündigt, dass es mehrere Warnungen an die Nutzer versenden und inaktive Konten in mehreren Phasen löschen wird.

„Die Richtlinie gilt nur für persönliche Google-Konten und hat keine Auswirkungen auf Konten von Organisationen wie Schulen oder Unternehmen. Mit dieser Aktualisierung passen wir unsere Richtlinien an Industriestandards für die Verwaltung und Löschung von Konten an und begrenzen den Zeitraum, in dem Google Ihre ungenutzten persönlichen Daten speichert“, heißt es in dem [Beitrag](#).

Solche inaktiven Konten seien oft mit veralteten Methoden gesichert und könnten daher leichter kompromittiert werden. „Diese Konten sind oft anfällig [für Angriffe], und sobald ein Konto kompromittiert ist, kann es für alles Mögliche verwendet werden, von Identitätsdiebstahl bis zu unerwünschten oder sogar bösartigen Inhalten“, erklärte Google in einer Mitteilung vom 16. Mai und fügte hinzu, dass es die angekündigten Maßnahmen langsam, vorsichtig und mit ausreichender Vorankündigung umsetzen werde.

„Wir werden schrittweise vorgehen und mit Konten beginnen, die erstellt und nie wieder benutzt wurden“, heißt es weiter.

Gmail, einer der weltweit beliebtesten E-Mail-Dienste, wird Schätzungen zufolge von [mindestens 1,8 Milliarden](#) Menschen weltweit genutzt. YouTube hat den Angaben zufolge weltweit mehr als 2,6 Milliarden monatlich aktive Nutzer. Es ist nicht bekannt, wie viele Google-Konten inaktiv sind.

Wie man ein Konto aktiv hält

Nach Angaben des Suchmaschinenriesen aus Mountain View, Kalifornien, reicht es aus, sich mindestens einmal in zwei Jahren einzuloggen, um sein Konto aktiv zu halten. Wer sich also in den letzten Tagen bei YouTube oder Gmail angemeldet hat, hat ein aktives Konto und wird nicht zur Löschung vorgemerkt.

Andere Aktivitäten werden ebenfalls berücksichtigt, zum Beispiel das Senden oder Lesen einer E-Mail von einem Gmail-Konto, die Nutzung von Google Drive, das Ansehen eines Videos auf YouTube, das Herunterladen einer Google-Play-App, die Nutzung der Google-Suche oder die Nutzung der Anmeldefunktion.

Google weist in der Mitteilung aber auch darauf hin, dass Nutzer ihre Daten und Informationen, die mit einem Google-Konto verbunden sind, sichern sollten.

„Wir ermutigen die Nutzer, bei der Anmeldung eine Wiederherstellungs-E-Mail anzugeben. Es ist wichtig, sicherzustellen, dass diese Wiederherstellungs-E-Mail in den Kontoeinstellungen auf dem neuesten Stand ist“, so das Unternehmen.

„Wir bieten außerdem eine Reihe kostenloser Tools an, die Ihnen bei der Verwaltung Ihres Kontos helfen und Optionen zur Sicherung Ihrer Daten bieten. Mit unserer Takeout-Funktion, die seit mehr als einem Jahrzehnt verfügbar ist, können Sie Ihre Daten herunterladen und auf andere Plattformen exportieren. Mit dem Inactive Account Manager können Nutzer entscheiden, was mit ihrem Konto und ihren Daten geschieht, wenn es für einen Zeitraum von bis zu 18 Monaten inaktiv wird.“

Auch die Anmeldung bei Drittanbietern über ein Google-Konto zähle als Kontoaktivität und könne eine Kontolöschung verhindern. „Außerdem“, so hieß es, „haben wir derzeit keine Pläne, Konten mit YouTube-Videos zu löschen.“

Google hat sich nicht dazu geäußert, was mit den Konto-Namen nach der Löschung geschehen soll.

Neue Zugangsregelungen

Anfang dieses Monats kündigte Google zudem an, dass es eine neue Richtlinie für Passwörter einführen und diese durch „Passkeys“ ersetzen werde. Die Passkey-Technologie werde es Milliarden Nutzern ermöglichen, sich bei den Google-Websites und -Apps auf die gleiche Weise anzumelden, wie sie ein Gerät entsperren, zum Beispiel per Fingerabdruck, Gesichtsscan, Wischgeste oder PIN. In dem Posting deutete Google auch an, dass Passwörter für Konten wahrscheinlich eines Tages abgeschafft werden.

„Natürlich wird die Umstellung auf Passkeys, wie jede Neuerung, einige Zeit in Anspruch nehmen. Deswegen werden Passwörter und die Zwei-Faktor-Authentifizierung für die Anmeldung in Google-Konten weiterhin funktionieren. Wir freuen uns darauf, [...] die Anmeldung bei Google einfacher und sicherer zu machen“, so das Unternehmen in einem [Beitrag](#). Google hat erklärt, dass Passkeys sicherer als Passwörter sind und Phishing- oder Brute-Force-Angriffen standhalten.

Dieser Artikel erschien im Original auf theepochtimes.com unter dem Titel: [„Google May Delete Your Gmail Account: Here's How to Stop It“](#) (deutsche Bearbeitung jw)

[https://www.epochtimes.de/gesundheit/deutlicher-rueckgang-der-geburtenrate-in-der-schweiz-trend-erfasst-ganz-europa-a4273298.html?utm_source=subs&src_src=subs&utm_campaign=NL_2023-05-21&src_cmp=NL_2023-05-21&utm_medium=mail&est=\[EMAIL_SECURE_LINK\]](https://www.epochtimes.de/gesundheit/deutlicher-rueckgang-der-geburtenrate-in-der-schweiz-trend-erfasst-ganz-europa-a4273298.html?utm_source=subs&src_src=subs&utm_campaign=NL_2023-05-21&src_cmp=NL_2023-05-21&utm_medium=mail&est=[EMAIL_SECURE_LINK])



Ein Baby klammert sich an den Finger seiner Mutter. In der Schweiz und vielen anderen europäischen Staaten ist die Geburtenrate deutlich eingebrochen. Foto: Fabian Strauch/dpa

[Gesundheit](#) Demografischer Niedergang

Deutlicher Rückgang der Geburtenrate in der Schweiz – Trend erfasst ganz Europa

Von [Reinhard Werner](#) 20. Mai 2023

Der Rückgang der Geburtenrate hat sich durch die Krisen der vergangenen Jahre beschleunigt. Die Schweiz erlebte 2022 sogar ein historisches Tief.

Tesla-CEO Elon Musk warnt schon seit Längerem vor einem drastischen Bevölkerungsrückgang. Die UNO sieht vor allem auf den Westen [düstere Zeiten](#) herankommen. Die Befürchtungen scheinen nicht von ungefähr zu kommen: Wie „20min“ [berichtet](#), hat die Schweiz im Vorjahr ein historisches Tief bei der Geburtenrate erreicht. In Deutschland und Österreich sieht der Trend nicht deutlich anders aus.

Alarmierend niedrige Geburtenrate in vielen europäischen Ländern

Um eine stabile Bevölkerungsentwicklung zu gewährleisten, bräuchte ein Land eine Geburtenrate von mindestens 2,1. Im europäischen Schnitt liegt diese jedoch mittlerweile nur noch bei 1,5. In der Schweiz ist sie im Vorjahr auf 1,38 gesunken.

In Zahlen ausgedrückt waren es 7.600 Neugeborene [weniger](#), die das Licht der Welt erblickten, als 2021. Besonders drastisch sei der Rückgang in Zürich, vor allem gibt es weniger Erstgeborene. Demgegenüber waren aber immerhin mehr dritte, vierte oder fünfte Kinder zu verzeichnen. Dies erläuterte Geburtshilfespezialist Léo Pomar von der Universität Lausanne gegenüber der „Sonntags-Zeitung“.

Das Alter der Erstgebärenden steige ebenfalls weiter an. Dieser Trend zeige sich etwa auch in Deutschland oder Norwegen, wo dieses mittlerweile bei 31 Jahren liege. Allerdings ist das Risiko von Fruchtbarkeitsproblemen bei älteren Paaren vergleichsweise höher. In Deutschland lag die Geburtenrate in den ersten Monaten des Jahres 2022 ebenfalls nur zwischen 1,3 und 1,4. Im Schnitt der Jahre 2015 bis 2021 waren es zuvor noch zwischen 1,5 und 1,6 Kinder pro Frau.

Geburtenrate neun Monate nach erstem Lockdown besonders niedrig

Beobachter gehen davon aus, dass die Krisen der vergangenen Jahre sich bei vielen Menschen negativ auf den Kinderwunsch ausgewirkt haben. Demograf Tomas Sobotka, Demograf an der Akademie der Wissenschaften (ÖAW) in Wien, sieht eine enge Verbindung. Gegenüber dem „Standard“ [erklärte](#) er:

In unsicheren Zeiten haben die Menschen mehr Zukunftsängste, Paare entscheiden sich eher dafür, ihren Kinderwunsch zu verschieben. Das ist ein Faktor, den wir generell beobachten.“

Der Krieg in der Ukraine, die Energiekrise und die Inflation drohen einen ähnlichen Effekt zu begünstigen. Vor allem im Dezember 2020 und Januar 2021 habe sich ein deutlicher Knick in der Geburtenrate gezeigt. Dies lasse den Rückschluss zu, dass in der Zeit des ersten Lockdowns Angst und Unsicherheit die Szenerie prägten.

Nach dem Ende des ersten Lockdowns habe es hingegen wieder mehr Zuversicht gegeben. Ab März 2021 hätten sich in den meisten Ländern Europas die Geburtenzahlen wieder signifikant nach oben bewegt.

Impfkritiker machen mRNA-Präparate für Geburtenrückgang verantwortlich

Maßnahmenkritiker haben häufig einen [möglichen Zusammenhang](#) zwischen der sinkenden Geburtenrate und der Corona-Impfung angedeutet. Sobotka hält dies für spekulativ. Zwar sei der Rückgang der Geburtenrate von Januar bis April 2022 tatsächlich relativ groß.

Frauen um die 30 Jahre, die zur größten Gruppe der Gebärenden zählten, hätten jedoch erst zwischen Mai und Juli Zugang zur Impfung gehabt. Entsprechend hätte im Fall einer negativen Auswirkung der Corona-Impfung dieser Effekt später auftreten müssen. Ab Juni 2022 habe sich die Geburtenrate jedoch wieder stärker normalisiert.

Die „Berliner Zeitung“ macht jedoch auf Studien [aufmerksam](#), die einen Zusammenhang zwischen geringem Kinderwunsch und Unsicherheit herstellen. Dass es in den ersten Monaten keine Impfpflicht für Schwangere gegeben hätte, habe diese begünstigt. Viele Frauen hätten sich vor einer möglichen Schwangerschaft impfen lassen wollen.

Lesen Sie auch

- [Bundesinstitut: Geburtenziffer „durch Corona“ gesunken – Studie weckt Zweifel](#)

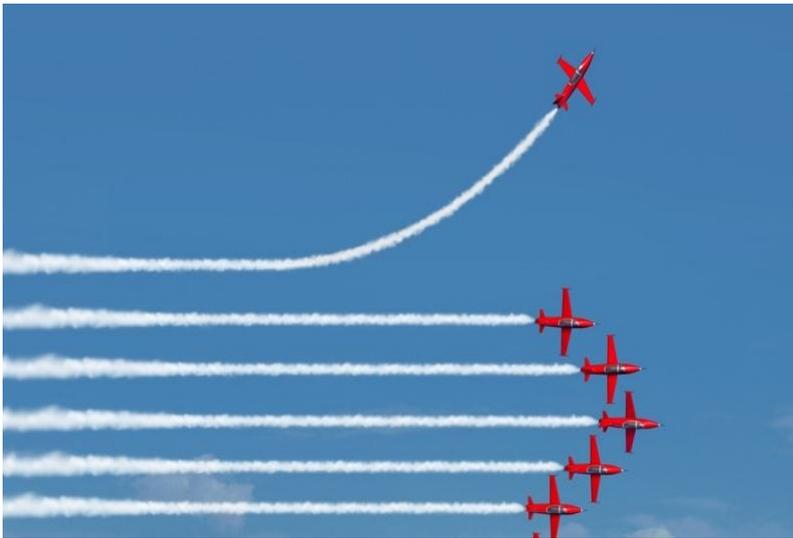
Vorübergehende Beeinträchtigung der Fruchtbarkeit durch Impfung möglich

Sobotka räumt allerdings auch ein, dass die Impfung in einigen Fällen Zyklusunregelmäßigkeiten bei Frauen hervorgerufen habe. Dies sei allerdings kein exklusives Phänomen der Corona-Impfung – und auch keine dauerhafte Erscheinung.

Ähnliches gelte auch mit Blick auf eine vorübergehende Beeinträchtigung der Qualität und Beweglichkeit von Spermien nach der Corona-Impfung. Diese hatte eine im Journal „Andrology“ zitierte Studie aus Israel [bestätigt](#).

Ein ähnlicher Effekt zeigte sich jedoch auch infolge einer Corona-Infektion, heißt es [in einer weiteren Studie](#). Beide Studien sprechen auch hier von einer vorübergehenden Erscheinung. Nach zwei Spermienentwicklungszyklen, also maximal sechs Monaten, sei auch hier wieder eine Rückkehr zur Normalität anzunehmen.

https://www.epochtimes.de/meinung/gastkommentar/der-umbau-von-wirtschaft-und-gesellschaft-zur-oligarchie-a4275486.html?utm_source=subs&src_src=subs&utm_campaign=NL_2023-05-25&src_cmp=NL_2023-05-25&utm_medium=email&utm_term=news7&utm_content=7



Wie kann ein Bürger in Deutschland der medialen Dauerschleife entkommen?Foto: iStock

[Gastkommentar](#) Alle Macht den Oligarchen

Der Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft – zur Oligarchie

Von [Benjamin Mudlack](#) 23. Mai 2023

Sapere aude! Wo ist der Mut, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen?

Demokratie tendiert im Zeitablauf zu einer Form der Oligarchisierung. Die Macht sammelt sich zentral bei einigen wenigen Akteuren. Der deutsch-italienische Soziologe Robert Michels (1876–1936) stellte in diesem Zusammenhang bereits im Jahr 1911 das „Ehrene Gesetz der Oligarchie“ auf. Die heute lebenden Menschen sind nach meiner Beobachtung Zeuge einer globalen Oligarchisierung.

Jüngst wurde im Bundestag das Gesetz verabschiedet, im Falle eines Pandemieausrufs durch die sogenannte Weltgesundheitsorganisation zentrale Machtbefugnisse an diese Institution auszulagern. Ein kritisches Hinterfragen dieser Vorgänge oder ein tiefgründiger Diskurs im Bundestag war im öffentlichen Meinungsbild nicht zu beobachten.

Die Rahmenbedingungen für das Ausrufen einer pandemischen Lage wurden zudem vor einigen Jahren immer weiter herabgesenkt. Es ist mehr oder minder recht einfach möglich, den Notstand auf diese Weise herbeizuführen. Überdies sind die Verflechtungen und Verbindungen zum Großkapital (Hauptfinanzier ist Bill Gates) und zur Pharmaindustrie mehr als offensichtlich. Die WHO scheint eher als das Marketinginstrument dieser Sonderinteressengruppen zu dienen.

Bill Gates und Biontech

Eine aufrichtige Aufarbeitung der Geschehnisse rund um die Corona-Politik und die damit verbundenen Eingriffe in die Grundrechte der Menschen ist eher nicht zu erwarten. Zu viele Institutionen und Menschen sind mit diesen Entscheidungen verbunden und haben sich mit dieser Art Politik gemein gemacht.

Wir haben es an der Stelle mit einer kollektiven Korruption zu tun. Insbesondere im Medienbereich liegen die monetären Abhängigkeitsverhältnisse offen auf dem Tisch. Folgen Sie der Spur des Geldes und „googeln“ Sie bitte einmal selbst nur die Namen „Spiegel“, Eckart von Hirschhausen, mit Verweis auf finanzielle Zuwendungen von Bill Gates. Unter diesem Beitrag finden Sie einen Artikel aus dem Handelsblatt vom 4. September 2019 mit der Überschrift: „Bill und Melinda Gates investieren in deutsche Biotechfirma Biontech.“

Bis dahin war Biontech ein sehr kleines Unternehmen mit vergleichsweise überschaubaren Umsätzen gewesen. Was danach geschah, sollte bekannt sein. Auch die WHO wird zu großen Teilen von der Gates-Stiftung finanziert. Das Business hat seinerzeit sehr gut funktioniert und es ist gerade mit

Verweis auf die Souveränitätsabgabe zugunsten der WHO durchaus mit einer Wiederholung dieses für gewisse Kreise einträglichen Geschäftes zu rechnen.

Medienkampagne für Medienkampagne

Ohne die Medienkampagnen und die mediale Nichtbeachtung oder gar Diffamierung oppositioneller Meinungen wäre die Corona-Politik undurchführbar gewesen. Ist das „Zitierkarussell“ der öffentlich-rechtlichen und auch (teilweise) privaten Medien einmal etabliert, ist es möglich, Kampagne für Kampagne zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung durchzuführen. Das Thema spielt keine Rolle. Angst vor einem Virus. Angst vor explodierenden Temperaturen und so weiter.

Die Tendenzen sind klar erkennbar. Große Bedrohungslagen sollen skizziert werden und diese sind nur abzuwenden, wenn die Menschen von ihren bisherigen Verhaltensmustern radikal Abkehr nehmen. Es geht, wie letzte Woche umschrieben, um die Umverteilung von Macht (weniger unternehmerische und persönliche Freiheit für die Menschen) und die Umverteilung von Werten. Letzteres betrifft die Einschränkung des Privateigentums durch Besteuerung, Verbote, Vorschriften und so weiter.

Zentralisiert werden die Prozesse über Institutionen wie eben die WHO, Klimakonferenzen und nicht zuletzt durch das Weltwirtschaftsforum (WEF). Letzteres bildet seit einigen Jahrzehnten die Machtelite aus und bringt sie „auf die gewünschte Linie“: von Frankreichs Regierungschef Macron über Ex-Kanzlerin Merkel bis hin zu Kanadas Premier Trudeau. Die Liste ist sehr lang.

Allesamt entstammen sie der Kaderschmiede des WEF und stehen beispielhaft für die Zentralisierung der Macht. Diese großen Einheiten (WEF, EU und so weiter) implizieren enormes Steuerungspotenzial, und sie geben die große Stoßrichtung der globalen Politik vor.

Klimapolitik und EZB

Der neben der öffentlichen Meinung wichtigste Faktor sind die finanziellen Ressourcen und der Zugang zum Geldschöpfungspotential der Zentral- und Geschäftsbanken. An dieser Stelle beginnt und schließt sich der Kreis der Umverteilung. Die EZB hat sich dem Vernehmen nach von ihrem Ursprungsmandat der Kaufkraftstabilität gelöst und der sogenannten Klimapolitik zugewendet.

Welche Unternehmen Zugang zur Geldschöpfung durch Kreditvergabe erhalten, wird wohl künftig an die sogenannten ESG-Kriterien geknüpft werden. Die Etablierung dieses grünen Sozialkreditsystems ist bereits in vollem Gange. Die alten Industrien erfüllen die Kriterien nicht und fallen mit hoher Wahrscheinlichkeit im Laufe der Zeit dem Umverteilungsprozess zum Opfer.

Die ökosozialistische Planwirtschaft wird das Leben und den Wohlstand der Menschen in ungeahnter Art und Weise beeinträchtigen. Und die Medien manifestieren ein Meinungsbild, das der Notwendigkeit dieses Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft Vorschub leistet.

Wie ist Ihre Bereitschaft zu Klima-Einschränkungen? Nehmen Sie an unserer Umfrage teil: ... „Politisch manipuliert statt zukunftsfähig informiert“

Man kann sagen, dass die mediale Dauerschleife den Menschen den Mut nimmt, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen. Der Zentralisierung der Macht ging die absolute Zentralisierung des Geldes mit der Schließung des Goldfensters im Jahre 1971 voraus.

Geld ist das Mittel zur Macht- und Wirtschaftszentralisierung schlechthin. Die USA waren im Goldgeldsystem bankrott, sie konnten die versprochene Golddeckung im Verhältnis von 35 US-Dollar zu einer Unze Feingold nicht vorhalten, und so sattelte man per Diktat auf das durch Schulden gedeckte Fiatgeld-System um. Die ungehemmte Geldschöpfung begann und zeitgleich dynamisierte sich der große Aufstieg der großen Kapitalsammelstellen wie BlackRock, Vanguard, Goldman Sachs und Co. Die aktuelle Banken- und Finanzkrise schüttelt wiederum einige kleine und regionale Banken aus dem Markt. Es profitieren die genannten Institutionen und insbesondere, wie schon 2007/2008, der US-Finanzplatzhirsch JPMorgan. Die Finanzunternehmen halten Anteile an den Medienunternehmen und die Big-Tech-Unternehmen beeinflussen die öffentliche Meinung über die Social-Media-Plattformen.

Der Social-Media-Bereich richtet sich gerade an die jüngere Generation. Ich fühle mich einmal mehr an Roland Baader und den nachfolgenden Buchtitel aus dem Jahr 1999 erinnert: „Die belogene Generation: Politisch manipuliert statt zukunftsfähig informiert“.

1999 hatten die sozialen Medien und auch das Internet noch nicht die Informationsfülle, wie das heute der Fall ist. Gerade die junge Generation scheint besonders empfänglich für Manipulation zu sein. Das einseitige, kaum ausblendbare Informationsdauerfeuer programmiert die Menschen auf die gewünschte Denk- und Handlungsweise. Die kritischen Stimmen gibt es zwar. Aber sie kommen gar nicht in die Dauerschleife, und aus den hochfrequentiert konsumierten Mainstreammedien werden sie herausgehalten.

In den Köpfen vieler Menschen finden kritische Denker de facto nicht statt, und so nimmt der Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft immer mehr konkrete und diktatorische Formen (Stichworte: Heizungszwang, Verbot der Verbrennermotoren, Abschalten und Verknappung grundlastfähiger Kraftwerke und so weiter) an.

Die Folgsamkeit der Menschen erinnert hierzulande an extrem dunkle Zeiten. Auf die Idee, dass die Corona-Politik und auch die sogenannte Klimapolitik der Zentralisierung der Macht dienen, kommen mehrheitlich zu wenig Menschen. Und so nimmt die Elendsgeschichte des Sozialismus in grünem Gewand abermals ihren verheerenden Lauf.

Dennoch bleibe ich mittel- bis langfristig optimistisch und hoffe inständig auf mehr Mut, sich des eigenen Verstandes zu bedienen!

Über den Autor

Benjamin Mudlack ist gelernter Bankkaufmann und Diplom-Wirtschaftsinformatiker. Er ist Vorstandsmitglied der Atlas Initiative, Mitglied der Friedrich August von Hayek-Gesellschaft und begleitet aktiv einige andere freiheitliche Projekte wie das [Free Economic Forum](#) und den YouTube-Kanal „[Der ökonomische IQ](#)“. Im November 2021 veröffentlichte er das Buch „[Geldzeitenwende: Vom Enteignungsgeld zurück zum gedeckten Geld](#)“.

Der Artikel erschien zuerst auf der Webseite [Freiheitsfunken.info](#) unter dem Titel: [Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft](#)

Dieser Beitrag stellt ausschließlich die Meinung des Verfassers dar. Er muss nicht zwangsläufig die Sichtweise der Epoch Times Deutschland wiedergeben.

[https://www.epochtimes.de/politik/analyse-politik/auswanderungsland-deutschland-warum-suchen-menschen-das-weite-a4266014.html?utm_source=subs&src_src=subs&utm_campaign=NL_2023-05-15&src_cmp=NL_2023-05-15&utm_medium=mail&est=\[EMAIL_SECURE_LINK\]&utm_term=newstop&utm_content=1](https://www.epochtimes.de/politik/analyse-politik/auswanderungsland-deutschland-warum-suchen-menschen-das-weite-a4266014.html?utm_source=subs&src_src=subs&utm_campaign=NL_2023-05-15&src_cmp=NL_2023-05-15&utm_medium=mail&est=[EMAIL_SECURE_LINK]&utm_term=newstop&utm_content=1)

[Analyse](#) Zahlen zur Auswanderung

Auswanderungsland Deutschland: Warum suchen Menschen das Weite?

Von [Patrick Langendorf](#) 14. Mai 2023

Gut 200.000 Deutsche verlassen jährlich ihr Land. Auf qualifizierte Zuwanderer übt Deutschland kaum eine Attraktivität aus. Auch ausländische Erwerbstätige verlassen das Land. Oft hört man, dass steigender Hass und Rassismus dazu führe. Lässt sich diese These aber wirklich so halten? Geht es um „Migration“, dann drehen sich die politischen Debatten in Deutschland vor allem um Zuwanderung. Selten wird dabei auf die Abwanderung geschaut. Dabei würde sich auch ein Blick dahin lohnen.

200.000 Deutsche verlassen jährlich das Land

Deutschland scheint nicht nur unattraktiv für [qualifizierte Zuwanderer aus dem Ausland](#) zu sein, sondern unser Land hat auch ein Abwanderungsproblem. Wie der bekannte Unternehmensberater und

Autor Daniel Stelter kürzlich in einem Gastbeitrag im „[Handelsblatt](#)“ schreibt, verlassen jedes Jahr rund 200.000 Deutsche das Land. Stelter beruft sich hier auf Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Demnach leben heute gut fünf Prozent der Deutschen im Ausland. Unter den OECD-Staaten belegt Deutschland beim Thema Auswanderung damit den dritten Platz. Davor rangieren nur noch Polen und als Spitzenreiter Großbritannien.

2018 hat die [FAZ](#) recherchiert, was die beliebten Länder für ausgewanderte Deutsche sind. Die Werte bezogen sich damals auf die letzten zehn Jahre. Spitzenreiter bei der Auswanderung war demnach die Schweiz mit 200.000 deutschen Zuwanderern. Dahinter kamen die USA (127.000), Österreich (108.000) und Großbritannien (82.000).

Vor allem hochqualifizierte Fachkräfte gehen

Die Zahlen wiegen schwerer, wenn man einmal darauf schaut, wer das Land verlässt. In der Mehrheit gehen hochqualifizierte Fachkräfte: Fast drei Viertel von ihnen haben ein Studium abgeschlossen. Zu diesem Schluss kommt eine [Studie](#) des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB). Die meisten Auswanderer nannten finanzielle Aspekte als Grund für ihre Abwanderung.

Nahezu alle Bundesländer sind von der Fachkräfteflucht betroffen. Lediglich Niedersachsen konnte mehr Rückkehrer als Auswanderer verbuchen. Das belegt eine Erhebung des Statistischen Bundesamtes (Destatis), die die Zahlen 2021 ausgewertet hat:

Wanderungsstatistik bei deutschen Staatsbürgern 2021 - nach Bundesländern

| Bundesland | Auswanderer | Rückkehrer | Saldo |
|------------------------|-------------|------------|--------|
| Baden-Württemberg | 36872 | 25277 | -11595 |
| Bayern | 37676 | 23574 | -14102 |
| Berlin | 16321 | 12341 | -3980 |
| Brandenburg | 5625 | 4694 | -931 |
| Bremen | 3467 | 2120 | -1347 |
| Hamburg | 7472 | 5395 | -2077 |
| Hessen | 20304 | 14264 | -6040 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 2970 | 2554 | -416 |
| Niedersachsen | 19114 | 21479 | +2365 |
| Nordrhein-Westfalen | 57088 | 40111 | -16977 |
| Rheinland-Pfalz | 12612 | 9666 | -2946 |
| Saarland | 3296 | 2618 | -678 |
| Sachsen | 8122 | 6616 | -1506 |
| Sachsen-Anhalt | 4715 | 3879 | -836 |
| Schleswig-Holstein | 8102 | 5747 | -2355 |
| Thüringen | 4073 | 3315 | -758 |

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022

Besonders hoch sind die Verluste in Bayern und Baden-Württemberg, was durchaus mit der Grenznähe zu Österreich und der Schweiz zusammenhängen könnte.

13 Millionen Ausländer ausgewandert

Die Abwanderung aus Deutschland ist aber nicht nur ein Phänomen, das alleine Deutsche betrifft. Ende des vergangenen Jahres veröffentlichten das Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) und das SOKO Institut für Sozialforschung und Kommunikation eine [Studie](#). Im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit beleuchtet die Studie, welche ausländischen Erwerbstätigen vermehrt abwandern, und analysiert die Gründe hierfür.

Immer wieder kann man in der öffentlichen Diskussion hören, dass ausländische Menschen unser Land verlassen, weil sie übermäßige Rassismuserfahrungen machen. Die Studie untermauert diese These nicht.

Laut SOKO und IAW seien zwischen den Jahren 2000 und 2020 über 18 Millionen Ausländer nach Deutschland eingewandert. Gleichzeitig seien 13 Millionen Ausländer im gleichen Zeitraum wieder ausgewandert. Berücksichtigt hat die Studie dabei nicht die Fluchtmigration, die ausgeklammert wird. Für die Studie wurden 2.000 Abgewanderte aus zehn wichtigen Herkunftsländern der Fachkräftezuwanderung nach der Abwanderung über die sozialen Medien kontaktiert und anschließend mit einem Fragebogen befragt.

Mangelnde soziale Integration ein häufiger Grund

Die Gründe für die Auswanderung sind vielfältig und reichen von beruflichen Aspekten bis hin zu aufenthaltsrechtlichen und sozialen Integrationsproblemen. Etwa ein Viertel der befragten Personen gab an, Deutschland aus beruflichen Gründen verlassen zu haben, darunter Arbeitslosigkeit, mangelnde passende Beschäftigungsmöglichkeiten und die Nichtanerkennung beruflicher Qualifikationen. Ein weiteres Viertel der Abwanderungen wurde mit aufenthaltsrechtlichen Aspekten begründet.

Die mangelnde soziale Integration wurde ebenfalls häufig als Grund genannt, während wirtschaftliche oder familiäre Gründe seltener vorkommen. Die Studie verweist an dieser Stelle darauf, dass die Entscheidung, Deutschland zu verlassen, in vielen Fällen eine Kombination verschiedener struktureller und individueller Faktoren sei.

Die Dauer des Aufenthalts in Deutschland bis zur Abwanderung variiert je nach Gruppe der Zugewanderten erheblich. Personen, die unter die EU-Freizügigkeitsregeln fallen, bleiben im Durchschnitt etwa 2,4 Jahre kürzer als andere.

Innerhalb der verschiedenen Qualifikationsgruppen haben Beschäftigte im Helfersegment die kürzeste Aufenthaltsdauer, wobei ihre Aufenthaltszeit im Durchschnitt um 1,8 Jahre kürzer ist als die von Hochqualifizierten.

Erwerb eines Bildungsabschlusses führt zu längerem Aufenthalt

Der Erwerb eines Bildungsabschlusses in Deutschland führt zu einer Verlängerung des Aufenthalts um durchschnittlich 2,8 Jahre. Allerdings folgt nach Abschluss der Ausbildung oder des Studiums häufig kein langfristiger Verbleib in Deutschland. Zudem kehren Personen, die aufgrund eines konkreten Stellenangebots nach Deutschland gekommen sind, oft schneller wieder in ihre Heimatländer zurück. Einige Rückwanderungen sind daher von Anfang an als befristete Auslandseinsätze geplant.

Von den Befragten arbeiten 36 Prozent in Helfertätigkeiten, insgesamt 27 Prozent waren nach eigenen Angaben überqualifiziert. Kennzeichnend für die Beschäftigungsverhältnisse dieser Gruppe sind oft prekäre Arbeitsbedingungen und lange Arbeitszeiten. Dies erschwert eine Integration in Deutschland und ist einer der Faktoren, die laut Studie eine Abwanderung nach relativ kurzem Aufenthalt verursachen können.

Trotz der Abwanderung besteht bei vielen Ausgewanderten nach wie vor der Wunsch, in Deutschland zu leben. Tatsächlich ergab die Auswertung der Befragung, dass fast zwei Drittel der Befragten bereit wären, nach Deutschland zurückzukehren.

Rückbesinnung zum wahrhaftigen, traditionellen Journalismus – Epoch Times ...

trennt Nachrichten von Meinungen.